



Greenpeace Energy eG • Postfach 11 16 20 • 20416 Hamburg

An den Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herrn Sigmar Gabriel persönlich
Schamhorststraße 34-37
10115 Berlin

Nils Müller, Sönke Tangermann

Vorstand

Telefon 040 808 110 624

Fax 040 808 110 622

E-Mail nils.mueller@

greenpeace-energy.de ;

soenke.tangermann@

greenpeace-energy.de

28. Mai 2015

Offener Brief an Bundeswirtschaftsminister Gabriel: Unternehmen Sie jetzt juristische Schritte gegen die Atombeihilfen für Hinkley Point C!

Sehr geehrter Herr Minister Gabriel,

in Deutschland diskutiert man wieder über weitere Atomkraftwerke. Über AKW, die in anderen EU-Staaten geplant werden, wie etwa Großbritannien. Dort sollen mit Hinkley Point C zwei Atomreaktoren entstehen, die der britische Staat mit hohen Milliardenbeträgen subventionieren will. Diese exorbitanten Beihilfen hat, wie Sie wissen, die Europäische Kommission im vergangenen Oktober genehmigt. Mit der Veröffentlichung der Entscheidung im EU-Amtsblatt Ende April 2015 ist diese Bewilligung nun rechtlich verbindlich.

Greenpeace Energy wird vor dem zuständigen EU-Gericht Klage gegen die wettbewerbsverzerrende und unzeitgemäße Beihilferegulierung für Hinkley Point C einlegen. Ein von uns angefordertes wissenschaftliches Gutachten zeigt, dass der dort produzierte hochsubventionierte Atomstrom engagierte Ökostromanbieter und Betreiber von Erneuerbaren-Energien-Anlagen auch in Deutschland wirtschaftlich benachteiligt und das EEG-System und damit alle Verbraucher hierzulande zusätzlich belastet.

Der Widerstand aus Politik und Branche gegen Hinkley Point C wächst. Auch andere Akteure des Energiemarktes folgen unserem Beispiel und bereiten rechtliche Schritte gegen die Beihilfentcheidung vor. Mit ihnen werden wir als Klagegemeinschaft in das Verfahren ziehen. Auch Österreich wird, unterstützt von Luxemburg, gegen die Beihilfen für Hinkley Point C klagen – trotz des massiven politischen Drucks aus Großbritannien.

Greenpeace Energy eG
Hongkongstraße 10
20457 Hamburg

Telefon 040-808 110-300
Telefax 040-808 110-333
info@greenpeace-energy.de
www.greenpeace-energy.de

Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSWDE33HAN
IBAN: DE42251205100008457500
GLS Gemeinschaftsbank eG
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE90430609670004040800

Sitz: Hamburg
Amtsg. Hamburg
GnR 1002, eingetr. 16.11.1999
St. Nr. 46/726/01857
Ust.-Id.-Nr. DE 206926103

Aufsichtsratsvorsitz:
Thomas Breuer
Vorstand:
Nils Müller
Sönke Tangermann



Wir – und die kritische Öffentlichkeit hierzulande – fragen: Wo bleibt das Engagement der deutschen Bundesregierung? Sie, Herr Gabriel, haben sich auf dem Treffen der EU-Energieminister im vergangenen März klar gegen die staatliche Förderung von Reaktorprojekten ausgesprochen. Sie wurden damals mit den Worten zitiert: „Wir werden auf gar keinen Fall zustimmen, dass jetzt die Atomenergie in Europa durch öffentliche Gelder, durch Steuergelder gefördert wird.“

Wann also unternimmt auch die Bundesrepublik Deutschland juristische Schritte gegen diese unfaire Atombeihilfe? Falls das Beihilfe-Modell für Hinkley Point C realisiert würde, könnten andere geplante Reaktorbauten in Polen oder Tschechien davon profitieren. Dies dürfte zu noch stärkeren Verwerfungen auf dem deutschen Strommarkt führen. Trotz des Atomausstiegs in Deutschland würden die Bundesbürger wegen riskanter AKW-Projekte im benachbarten Ausland draufzahlen. Das müssen wir verhindern! Die Energiewende und das notwendige Engagement aller Marktteilnehmer hin zu nachhaltiger Energieversorgung verlangt als permanente Leistung von der Bundesregierung, europaweit Barrieren abzubauen. Dazu gehört auch, sich gegen eine Gefälligkeitsentscheidungspraxis der Europäischen Kommission für mehr Atomsubventionen zur Wehr zu setzen.

Nicht nur Greenpeace Energy als größte Energie-Genossenschaft mit 23.000 Mitgliedern erwartet, dass sich der deutsche Energieminister schützend vor die Verbraucher und die Erneuerbaren-Branche im Land stellt. Auch die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag sowie die Mehrheit der Bundesländer fordern die Bundesregierung aktuell auf, konkrete rechtliche Schritte in dieser Sache zu unternehmen. Die Zeit dafür wird jedoch knapp: Bereits im Juli endet die Frist, innerhalb derer Klagen gegen die Beihilfegenehmigung beim EU-Gericht in Luxemburg eingereicht werden müssen.

Herr Minister, machen Sie ernst mit Ihrem vielfach geäußerten Bekenntnis zur Energiewende und zum Atomausstieg und schließen Sie sich den Klägern gegen die Beihilfegenehmigung für Hinkley Point C an. Oder unterstützen Sie unsere Klagegemeinschaft aus Ökostromanbietern und Stadtwerken zumindest als „Streithelfer“ im bevorstehenden Verfahren – und zeigen Sie damit sichtbar Flagge gegen die neuen europäischen Atompläne und für die Zukunft der Erneuerbaren. Lassen Sie nicht zu, dass nach dem Atomausstieg in Deutschland, den Sie mit vorbereitet haben, die Atomkraft nun durch die Hintertür künftig die Energieversorgung hierzulande mit beeinflusst.

Übrigens: Greenpeace Energy ruft von heute an Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland dazu auf, die Bundesregierung ebenfalls zu einer Unterstützung unserer Klage und damit zu einer eindeutigen Haltung Deutschlands in diesem Konflikt zu bewegen. Wir sagen: „*There is NO POINT. Keine neuen Atomkraftwerke in Europa. Keinen Cent mehr wegen Hinkley Point C.*“

Mit freundlichen Grüßen



Nils Müller, Sönke Tangermann
Vorstand Greenpeace Energy